

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/47. Jahrgang

Mai 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Wir wollen eine Welt frei von Ausbeutung, Krieg und Profit.

Wir wollen Frieden, das Recht auf tariflich bezahlte Arbeit und eine intakte Umwelt.

Wir brauchen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, bezahlbare Wohnungen für alle und soziale Leistungen, damit alle in Würde leben können.

Das Profitstreben der Kapitalbesitzer und ihrer Regierungen

führt zur Verlängerung und Intensivierung der Arbeitszeit, zu Arbeitslosigkeit und prekär Beschäftigten und Armut hier und zu Krieg, Ausbeutung der Ressourcen, Zerstörung der Um-

welt, katastrophalen Veränderungen des Klimas auf der ganzen Welt.

Das Ergebnis der „Militäreinsätze“ der letzten 15 Jahre sind 1,5 Mio. tote Menschen, Zerstörung, Verwüstung,

Not, Elend und Hunger in ganzen Regionen. Mit keinem dieser Kriege wurden Fortschritte für Menschenrechte, Demokratie oder ein besseres Leben der Menschen

erzielt. Im Gegenteil, sie sind die Ursache für die Flucht der vielen Menschen, die in ihrer Not bei uns landen.

(Fortsetzung auf Seite 3)



Inhalt:

Koalition Gießen/Strafanzeige	S.2
Wieseckau/Trinkerszene	S.3
Tarifverhandlungen/Uni-Klinik	S.4
Interview mit U. Immelt/Jobcenter	S.5
Obama schwätzt/Glyphosat	S.6
Menschenrechte in USA/SDAJ-Camp	S.7
Termine	S.8



Rund 20 Jugendliche beteiligten sich am 9. April an der Aktion auf dem Gießener Kreuzplatz. Symbolisch wurde er umbenannt in Ria Deeg Platz, als Ehrung und Erinnerung an die Gießener Antifaschistin. Die Stadt soll damit aufgefordert werden, ihren Widerstand aufzugeben und eine Straße oder einen Platz nach der Genossin Ria Deeg zu benennen. R.G.

Mehr als 90.000 Menschen demonstrierten am 23. April in Hannover anlässlich des bevorstehenden Besuchs von US-Präsident Barack Obama gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die demokratische, ökologische und soziale Standards gefährden und eine Paralleljustiz für Konzerne schaffen.



Für Frieden und Sozialismus!



Egal, wer "mitregiert": Gießen bleibt berechenbar

Bei Redaktionsschluss – sieben Wochen nach der Wahl – stand die neue Koalition noch nicht. SPD-Chef Merz signalisierte ein wünschenswertes Zusammengehen der Verlierer: SPD/CDU/Grüne. Er nannte sie „die demokratischen Kräfte“, die jetzt zusammenrücken müssten (was bei 38 von 59 Sitzen ein Gedränge geben dürfte) – alles mit Blick auf die AfD, die mit acht Sitzen im Stadtparlament vertreten ist.

Deren rassistischen und nationalistischen Parolen sind bekannt (weswegen ihr gemäßigter Flügel um Lucke sich im letzten Jahr abgespalten hat).

Bekannt ist aber auch, dass sie sich nur unwesentlich von anderen Rechten unterscheiden, wie z.B. von Thilo Sarrazin (SPD) oder Hans-Jürgen Irmer (CDU), die beide in ihren jeweiligen Parteien unbehelligt ihre Hetze betreiben können.

Als sich in Gießen im Wahlkampf die selbsternannten „Demokraten“ gegen die AfD zusammenschlossen, schrieben wir: *Da wuchs zusammen, was wirklich zusammen gehört. Alle diese Parteien unterstützen den Kriegskurs der Bundesregierung und ihre Waffenlieferungen. Sie sind so mit verantwortlich für den Zustrom aus*

jenen Ländern, in denen sie selbst dazu beigetragen haben, dass die Lebensgrundlage der Menschen zerstört wurde. Alle diese Parteien unterstützen das Verarmungsprogramm der Bundesregierung (Agenda 2010, Hartz IV) und sind damit mitverantwortlich für die Ängste der Armen, die nun befürchten, ihre Almosen mit den Flüchtenden teilen zu müssen. Das trifft prinzipiell auch auf eine mögliche Koalition aus SPD/CDU/FDP zu, die zusammen eine Mehrheit von 32 Sitzen hätte.

Egal wie: Ein solcher Magistrat wird mit dafür sorgen, dass die Politik der Bundesregierungen, die die Finanznot der Städte jahrzehntelang bewusst herbeigeführt haben, bis nach unten reibungs- und „alternativlos“ durchgesetzt werden kann – mit „Schutzschirmen“, selbst herbeigeführten Sachzwängen und Schuldenbremsen.

Dem wird auch die sog. Opposition AfD grundsätzlich nichts entgegenzusetzen, und das will sie auch gar nicht.

Konsequente Opposition kann und wird nur von der Gießener Linken kommen, die keine Wahlversprechen macht, die Fakten nicht verschleiert, sondern zeigt, wo das Geld im Übermaß steckt, mit dem alle finanziellen und sozialen Probleme gelöst werden könnten: beim Reichtum der Kapitalvertreter in tausendfacher Milliardenhöhe.

Michael Beltz



Strafanzeige gegen Echo-Herausgeberin

Die DKP Gießen ist verwundert über eine Strafanzeige gegen Erika Beltz wegen „Beleidigung“. Angezeigt wurde sie von Hilmar Jordan, der auf der Liste der AfD ins Stadtparlament gewählt wurde. Er sah sich mit Datum vom 1. April (Scherz?) durch einen Artikel im Gießener Echo beleidigt, in dem er als „Faschist“ bezeichnet wurde.

Nun ist Jordan seit vielen Jahren nicht nur in Reservistenverbänden, sondern auch Vorsitzender des „Traditionsverbandes“ des ehemaligen Greifgeschwaders 55, das im 2. Weltkrieg zahlreiche europäische Städte (darunter Coventry, Warschau und Leningrad...) in Grund und Boden bombte. Jordan betrachtet es als seine Aufgabe, diese Nazi-Verbrecher, die völkerrechtswidrig Bomben auf Wohngebiete warfen und zigtau-

sende Zivilisten ermordeten, in Ehren zu halten. Er fühlt sich „in Treue verbunden mit all unseren Kameraden, die durch ihre Pflichterfüllung gefallen sind“. Welche Bezeichnung wäre hier zutreffender? Militarist? Ewiggestriger? - Die Mitglieder des Kreisvorstands der DKP, dem auch Erika Beltz, die inhaltlich Verantwortliche des Gießener Echo, angehört, gehen davon aus, dass diese Anzeige nicht weiter verfolgt wird, sind aber gerne bereit, sich auch gerichtlich auseinanderzusetzen.

Strafanzeige zu stellen, scheint derzeit bei der AfD beliebt: In Hanau wurde ein Gewerkschaftssekretär des DGB von einem AfD'ler wegen Beleidigung angezeigt und im Main-Kinzig-Kreistag der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.

Gießener Linke

Die Fraktion Gießener Linke hat sich konstituiert. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Matthias Riedl gewählt, zu seiner Stellvertreterin Conny Mim; die Kassengeschäfte wird Michael Beltz führen.

Die Ausschüsse werden wie folgt besetzt: Hauptausschuss: Michael Janitzki, Bauausschuss: Matthias Riedl, Sozialausschuss: Michael Beltz, Schulausschuss: Martina Lennartz.

Martina Lennartz, die auch zur Pressesprecherin bestimmt wurde, wird am 2. Juni in die Fraktion nachrücken, wenn Francesco Arman wie gewünscht in den Magistrat wechselt.

Pressemitteilung der BI Wieseckau

Gegen Remmi-Demmi-Park!

Große Sorgen um die Zukunft der Wieseckau macht sich die **Bürgerinitiative „Wieseckau“** (ehemals „Stoppt diese Landesgartenschau“). Auf ihrer letzten Versammlung wurden die von der Stadt und verschiedenen Vereinen geplanten „Umgestaltungen“ zu einem „Remmi-Demmi-Park“ mit Unverständnis zur Kenntnis genommen. So wird die Ausweitung der Bewirtschaftungsfläche der „Strandbar“ als ein weiteres Indiz dafür gewertet, dass die verantwortlichen Parteien im Rathaus kein Interesse am Naturschutz zeigen. Besonders die geplanten Veranstaltungen der „TC Eventgroup“ um Herrn Trageser mit einer EM-Arena zeigen, dass in diesem Landschaftsschutzgebiet von Bürgermeisterin Weigel-Greulich und ihren Helfern keine Rücksicht auf Flora und Fauna genommen wird. „Wir fordern von der Stadt die Offenlegung der geheimen Absprachen und Ver-

träge mit den Betreibern der Restauration“, forderte die Vorsitzende Martina Lennartz.

Weiteres Indiz für das Desinteresse der Verantwortlichen ist der von vielen Bürgern und Naturschutzverbänden kritisierte Entwurf einer Baumschutzsatzung, der keinen einzigen Baum im städtischen Gelände vor der Kettensäge schützt. - Die Bürgerinitiative begrüßt die Initiative von HGON und BUND aus diesem mickrigen Entwurf ein Instrument zum Schutze aller Bäume zu entwickeln.

In der städtischen Hochglanzbroschüre „Bäume in der Stadt“ wird Gießen von Bürgermeisterin Weigel-Greulich als „Stadt der Bäume“ gekennzeichnet. Wahrheitsgemäßer wäre die Bezeichnung „Stadt der gefällten Bäume“, wenn wir uns die Bilanz der Landesgartenschau und privater Investoren der letzten Jahre in Gießen vor Augen führen.



Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ wird sich auch weiterhin den Plänen widersetzen, die Natur für kommerzielle Geschäfte zu missbrauchen.

Gießen anno 2023: Im Kittchen ist kein Zimmer frei

Der Freiwillige Polizeidienst soll's richten: Eine seiner Hauptaufgaben wird darin bestehen, die Trinkerszene am Marktplatz zu beobachten und eine „Kriminalitäts- und Ordnungswidrigkeitsstatistik“ zu erstellen. Auf Grundlage dieses Konstrukts will die Stadt dann ein Alkoholverbot verhängen. Und schon wird Ruhe und Ordnung hergestellt – aber niemandem geholfen. Denn die Umstände, die zum Entstehen dieser Probleme geführt haben, werden nicht behoben. Und die zunehmende Armut, Erwerbs- und Perspektivlosigkeit wird im Gegenteil dazu führen, dass mehr Menschen ausgegrenzt werden und Trinkerszenen sich ausweiten.

Dass die Stadt Freiburg bereits mit einem solchen Versuch gerichtlich gescheitert ist, ist bekannt. Wie das Alkoholverbot durchgesetzt werden soll, ist nicht bekannt. Ermahnung, Platzverweis, Geldstrafe... und wer nichts hat, für den bleibt der Knast, bis im Kittchen...



Knapp 500 Menschen, darunter viele Jugendliche, trafen sich am 16. April in Wetzlar unter dem Motto „Grenzenlose Solidarität-Wetzlar gegen Rassismus und Faschismus“. Mit der Demonstration sollte ein Zeichen gesetzt werden gegen den größten Naziaufmarsch Mittelhessens Ende letzten Jahres in Wetzlar, sowie gegen den Einzug fünf Abgeordneter der NPD in das Wetzlarer Stadtparlament. Der vollständige Bericht über die Demo steht hier: <http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/111166/knapp-500-menschen-fuer-grenzenlose-solidaritaet-gegen-rassismus-und-faschismus/>

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir wollen eine Welt frei von Ausbeutung

Solange die Kriege nicht beendet sind, wird auch der Zustrom an flüchtenden Menschen nicht aufhören. Denn Menschen, auf oder neben deren Wohnungen Bomben fallen, die tausende Kilometer zurückgelegt haben und alles zurückgelassen haben, haben nichts zu verlieren und werden sich auch nicht vom Meer, einem Zaun oder Soldaten an der Grenze abschrecken lassen. Deswegen müssen zivile Lösungen für politische Konflikte gesucht und gefunden und Grenzen für Waffenlieferungen geschlossen werden.

Krieg ist ein Verbrechen, für das es keine Rechtfertigung gibt. Den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machteliten Deutschlands und der NATO und den Eignern internationaler Konzerne und Rüstungsfirmen geht es nicht um die Sicherheit für die Menschen auf dem Globus, sondern um die Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Vorherrschaft und die Sicherung ihrer Profite. (aus UZ-Extra, s.: <http://www.dkp-giessen.de/index.php/giessenercho>)

Tarifverhandlungen 2016: Die Zeichen stehen auf Streik

Bei den aktuellen Tarifverhandlungen verhärten sich in einigen Branchen die Fronten. So bereitet sich die IG Metall im Tarifkonflikt mit der Metall- und Elektroindustrie auf eine Eskalation vor. Mit unbefristeten Streiks will die Gewerkschaft ihre Forderung von 5% Lohnerhöhung für die rund 3,8 Millionen Beschäftigten Nachdruck verleihen. Dazu gehören auch, einzelne Betriebe für 24 Stunden lahmzulegen. Mit ihrem „unverschämten“ Angebot von 0,9% Lohnanstieg haben die Unternehmer den Konflikt selbst provoziert.

Auch im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes erhöhen die Gewerkschaf-

ten mit Warnstreiks im Nahverkehr und anderen sensiblen Bereichen den Druck. Das Angebot von Bund und Kommunen wurde als Provokation und Missachtung der Leistungen der Beschäftigten zurückgewiesen. Die Löhne sollen demnach in den kommenden zwei Jahren faktisch um weniger als 2% steigen. Dies ist von der Forderung der Gewerkschaften nach einer 6%igen Erhöhung für ein Jahr weit entfernt.

Insgesamt zeichnet sich bei den Laufzeiten der Tarifverträge eine Verdoppelung auf zwei Jahre im Gegensatz zu den ursprünglichen Forderungen ab. Dies ist einerseits Ausdruck der

Schwäche der Gewerkschaften und ermöglicht andererseits den Unternehmern und Dienstherren das „Schönrechnen“ ihrer Angebote. Auch die frühere Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist kaum noch zu hören.

Nur starke Gewerkschaften sind in der Lage, ihre Forderungen durchzusetzen. Dass die Beschäftigten kämpferisch hinter ihnen stehen, haben die ersten Warnstreiks bereits gezeigt. Wir unterstützen alle Kolleginnen und Kollegen in ihrem berechtigten Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Rainer Grabowski

Uniklinikum – 11 Stunden Arbeit reichen nicht

Arbeitsbelastung: sehr hoch – Krankenstand: sehr hoch – Arbeitszufriedenheit: sehr niedrig – so etwa würde das Zeugnis aussehen, das die meisten Beschäftigten des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) ihrem Betrieb ausstellen würden. Nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di fehlen in deutschen Krankenhäusern etwa 170.000 Stellen, davon 70.000 im Pflegebereich. Die Belastung der Beschäftigten in der Pflege bekommen Patienten und deren Besucher oft mit. Die vielen Beschäftigten, die für den Krankenhausbetrieb genauso notwendig sind, haben den gleichen Druck wie die Pflegekräfte.

Die Personalbemessung ist so, dass bei Normalbetrieb und voller Besetzung jeder voll ausgelastet ist. Es ist



aber nicht immer Normalbetrieb, volle Besetzung wird nie erreicht. Vor allem wegen Krankheit fehlen oft viele Kolleginnen und Kollegen, häufig auch für längere Zeit. Für viele Stellen, bei denen besondere Kenntnisse und Erfahrungen notwendig sind, gibt es keine eingearbeiteten Vertreter. Wird eine Aufgabe zum Beispiel in der Regel von zwei Personen ausgeführt, fällt beim Ausfall einer Person für die andere die doppelte Arbeit an – Arbeit, die zeitnah erledigt werden muss und nicht verschoben werden kann. Der Arbeitstag dauert dann oft zwischen 10 und 12 Stunden, die knappe Freizeit reicht nicht zur Erholung. Diese Belastung kann leicht zur nächsten Krankmeldung führen. Arbeitszeiten von mehr als 10 Stunden sind gesetzlich eigentlich nicht zulässig. Die Geschäftsleitung schaut

aber weg und ist froh, dass sie pflichtbewusstes Personal hat, das trotz hoher Belastung für einen nach außen reibungslosen Betrieb sorgt. Für sie ist Hauptsache, dass Umsatz und Profit stimmen – und das ist der Fall. Für 2015 hat das UKGM wieder einen Gewinn von fast 6 Millionen Euro ausgewiesen, die Rhön AG kann ihren Aktionären eine saftige Dividende ausschütten.

Der offiziell ausgewiesene Gewinn zeigt aber bei weitem nicht alles an, was aus den Beschäftigten herausgepresst und den Patienten vorenthalten wird. Investitionen, Zinsen und Tilgung sind in den Zahlungen der Krankenkassen nicht enthalten, müssen im privatisierten Klinikum aber trotzdem erwirtschaftet werden. Im UKGM sind das 30 bis 40 Millionen Euro jährlich. Gernot Linhart

In der Presse war es, wenn überhaupt, nur eine kleine Meldung: Der deutsche Ethikrat hat die fortschreitende Profitorientierung im Gesundheitswesen heftig kritisiert. Diese Tendenz führe dazu, dass zunehmend nicht der Mensch und seine Gesundheit, sondern wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Der Ethikrat berät Bundestag und Bundesregierung. Seine fundierte Kritik müsste eigentlich zu einem Umdenken, zu einem Ende der Privatisierung und zu einer Änderung des Finanzierungsmodells führen. Leider haben die Medizinkonzerne mehr Einfluss als der Ethikrat. **Kapitalismus und Ethik sind unvereinbar.**

Aktionen vernetzen und die Kämpfe in den Nachbarländern als die eigenen begreifen

Interview mit Ulf Immelt, Gewerkschaftssekretär DGB Mittelhessen

Gießener Echo: In Frankreich wehren sich seit Anfang April Millionen Menschen gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Auch hier fordert die Industrie die Aufhebung des 10-Stunden-Tags und das Rentenniveau soll gesenkt werden. Aber es bleibt weitgehend still im Land. Wieso?

Ulf Immelt: Zunächst einmal glaube ich nicht, dass es still im Land ist. Viele soziale Kämpfe finden vor unserer Haustür statt, werden aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Wenn in Laubach 400 Arbeiter gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft nach fünf Jahren die Tarifbindung zurückerkämpfen, bekommt dies in Gießen kaum jemand mit. Nun zu Frankreich. Hier versucht die Regierung die neoliberale Politik durchzusetzen, die wir in der BRD in Form der Agenda Politik mit der Schaffung eines riesigen Niedriglohnssektors, Rentenkürzungen und einer gigantischen Umverteilung von Unten nach Oben schon kennen.

Jetzt will das französische Kapital den „deutschen Weg“ nachholen. Dies zeigt deutlich, dass Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen in einem Land der EU zwangsläufig Angriffe in anderen EU-Staaten nach sich zie-



Ulf Immelt (rechts im Bild) nach einem Lauf für Tarifverträge bei der Firma YKK in Weckbach

hen. Das bedeutet, Gewerkschaften müssen ihre Aktionen vernetzen und die Kämpfe der Schwesterorganisationen in den Nachbarländern als die eigenen begreifen.

G.E.: Gerade laufen die Tarifrunden, es gibt erste Warnstreiks. Werden diese Kämpfe an die Aktionen des letzten Jahres anknüpfen können, in dem es seit langem die meisten Streiktage in der BRD gab?

U.I.: Der Erfolg einer Tarifrunde macht sich für uns nicht allein an der Anzahl der Streiktage, sondern vor allem daran fest, ob sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Inzwischen müssen diese Verbesserungen immer häufiger zweimal erkämpft werden. Im ersten Schritt in der eigentlichen Tarifrunde und im zweiten Schritt, wenn Unternehmen Tariffucht begehen wollen.

G.E.: Prognosen sagen in den nächsten Jahren einen Stellenabbau in Millionenhöhe voraus, mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze sollen wegfallen. Wie ist dieser Herausforderung zu begegnen?

U.I.: Du sprichst jetzt sicher die Digitalisierung der Arbeit und Industrie 4.0 an. Wir als Gewerkschaften können und wollen die Entwicklung der Produktivkräfte nicht aufhalten oder zurückdrehen. Es geht darum die Entwicklung im Sinne der Lohnabhängigen zu gestalten. Ziel ist es auf Grundlage der neuen Technologien die Arbeitswelt zu humanisieren. Eine zukünftige sozialistische/ kommunistische Gesellschaft soll ja auch nicht mit der Technologie aus dem 19. Jahrhundert aufgebaut werden. (Mit Ulf Immelt sprach Erika Beltz.)

Beim Jobcenter Gießen muss man monatelang aufs Geld warten

Im Februar berichteten wir unter der Überschrift „Die Willkür der Jobcenter scheint grenzenlos“ über einen Hartz-IV-Bezieher (Aufstocker), dem – ohne Begründung – der Heizkostenzuschuss um 50 Euro im Monat gekürzt worden war. Und dies, obwohl laut Abrechnung sogar eine Nachzahlung geleistet werden musste; einzige in keiner Weise belegte Begründung: es sei eine Neuberechnung vorgenommen worden.

Dagegen hatte der Betroffene sofort Widerspruch eingelegt, der eigentlich aufschiebende Wirkung hat. D.h., das Jobcenter hätte den alten Betrag weiterhin bis zur Klärung bezahlen müssen und die Differenz gegebenenfalls zurückverlangen können. Doch das Jobcenter schweigt und

kürzt und schweigt und kürzt... Dass für einen Menschen, der auf Hartz IV angewiesen ist, 50 Euro im Monat sehr viel Geld ist, scheint dort ebenso wenig zu interessieren wie vorgeschriebene Verfahrensweisen.

Also hat der Betroffene - nach einem Vierteljahr - Klage wegen Untätigkeit beim Sozialgericht eingereicht. Aber auch dort ließ man sich Zeit. Mit Datum vom 27.3.2016 teilte man ihm mit: „Der Beklagte (das Jobcenter, d. Red.) bittet um stillschweigende Fristverlängerung“ – zur Klärung des Sachverhalts.

Einzige Reaktion des Jobcenters: am 1. April (kein Scherz) erschien ein Mitarbeiter, um die Heizung zu inspizieren. Dass der Betroffene erst einen Tag vorher informiert wurde und

zu einer festen Uhrzeit zuhause sein musste (obwohl er berufstätig ist), passt ebenso zu den anmaßenden Gepflogenheiten des Jobcenters wie die Androhung von Sanktionen, die auch hier nicht fehlen durfte.

Inzwischen sind dem Betroffenen 350 Euro vorenthalten worden, die er aus eigener Tasche bezahlen musste.

Auch hier wird deutlich: das System Hartz IV ist menschenverachtend, demütigend; es ist nicht dazu da, den Menschen zu helfen, sondern ihren Willen zu brechen, damit die Konzerne ihre Profite widerstandslos maximieren können.

Leider gibt es zu wenig Betroffene, die um ihre (geringen) Rechte kämpfen und sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Erika Beltz

Kuba: Obama schwätzt und hält Blockade aufrecht

Einige Wochen ist es jetzt her, dass US-Präsident Obama die sozialistische Insel Kuba besuchte. Dort hielt er schöne Reden und tat so, als seien am schlechten Verhältnis zwischen USA und Kuba beide Länder schuld. Dabei hätte es schon immer normalen Handel geben können – nur die USA hatte eine Blockade verhängt. US-Bürger hätten schon immer nach Kuba reisen können – ihre eigene Regierung verbot es ihnen. Kubaner hätten schon lange besseres Internet haben können – die dieses Netz beherrschenden US-Konzerne durften nicht mit Kuba zusammenarbeiten, die kubanische Regierung konnte nur auf sehr teuren Umwegen einen beschränkten Zugang ermöglichen. Welchen Schaden Kuba durch die Blockade erlitten hat, können sich nur wenige richtig vorstellen. In den USA werden Gesetze beschlossen, die weltweit Handel und Geldverkehr erschweren.

Firmen, die gegen diese eigentlich nur in den USA gültigen Gesetze verstießen, wurden mit hohen Geldstrafen und mit Handelsbeschränkungen in den USA belegt.

gekauft – daraufhin teilte TNT seinen Kunden mit, Lieferungen nach Kuba würden wegen der US-Sanktionen nicht mehr durchgeführt.

Wie die Sanktionen wirken, mussten auch Dortmunder Mitglieder der Jugendorganisation „Falken“ erleben. Sie hatten 15.000 Dollar für eine Reise nach Kuba zusammengespart. Bei der Überweisung zum dortigen Veranstalter wurde das Geld von einer US-Behörde „eingefroren“ und ist erst mal weg.

Die USA maßen sich immer noch an, mit ihren Gesetzen weltweit in das Leben der Menschen einzugreifen. Schon seit Jahrzehnten stimmen in der

UN-Vollversammlung fast alle Staaten der Erde für die Aufhebung der US-Blockade. Geändert hat sich trotz Obama bis jetzt wenig. Gernot Linhart



Diese Gesetze gelten, trotz Obamas Versprechen, immer noch. Der international tätige Logistiker TNT wurde vom US-Konzern FedEx auf-

Bundesregierung will Glyphosat

Die Bundesregierung hat sich gegenüber der zuständigen EU-Kommission für die weitere Zulassung des Pflanzengiftes Glyphosat ausgesprochen – noch bevor die Prüfung der eventuellen krebserregenden Wirkung abgeschlossen ist.

Baumärkte in Gießen wollen nicht

In den Gießener Baumärkten werden keine glyphosathaltigen Mittel verkauft, andere Unkrautvernichtungsmittel werden nicht in Selbstbedienung, sondern nur mit Beratung abgegeben.



Spannende Diskussion mit Inge Viett über Kriege, die DDR und die sozialistische Notwendigkeit

Mit 42 Interessierten war die Veranstaltung mit Inge Viett gut besucht. Inge sprach hauptsächlich über ihre konsequent solidarische Haltung gegenüber der DDR. Dort wurde mit der Übergabe der Produktionsmittel an das Volk eine wesentliche Grundlage für den Übergang zum Sozialismus gelegt. Sie kritisierte gleichzeitig Enge und zunehmenden Bürokratismus.

Die Ankündigung und ein Bericht über die Veranstaltung wurde vom Gießener Anzeiger sachlich formuliert. Die Gießener Allgemeine brachte DKP mit AfD zusammen, um wieder einmal nach links draufzuhauen.

Neben Inge Viett sitzt Henning Mächerle.

M.B.

USA und China legen Berichte über Menschenrechtslage vor

Das US-Außenministerium hat im April seinen jährlichen Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Welt vorgelegt, in dem das eigene Land wie üblich nicht erwähnt wird. Wie seit Jahren üblich konterte das Informationsbüro des chinesischen Staatsrats darauf mit der Verbreitung

USA sich im Jahr 2015 verschlechtert hätten.

Durch die dortigen Waffengesetze sei für viele Bürger nicht einmal das Recht auf Leben garantiert. Bei rund 52.000 Schusswechseln wurden im letzten Jahr 13.136 Menschen getötet und knapp 27.000 verletzt. Durch Schießereien in Schulen hätten pro Woche durchschnittlich zwei Kinder ihr Leben verloren.

Der Bericht hebt hervor, dass im letzten Jahr 965 Menschen von Polizisten erschossen wurden. 560.000 Bürger sind obdachlos und 33 Millionen ohne Krankenversicherung, die Armutsrate bei Frauen ist im Jahr 2015 von 12,1 auf 14,5 Prozent gestiegen. Weiße verfügten über ein

zwölfmal höheres Vermögen als Schwarze und ein zehnmal höheres als die Latinos. 61 Prozent der US-Amerikaner, der höchste Prozentsatz seit 1991, beklagten 2015 eine Zunahme rassistischer Diskriminierung. Zudem prangert Peking die Verletzung von Menschenrechten in anderen Ländern durch die USA an. Dazu gehörten unter anderem Drohnenmorde, Folter, illegale Inhaftierungen, die Bombardierung ziviler Objekte sowie weltweite Abhör- und Bespitzelungsprogramme.

(leicht gekürzt aus "junge Welt" vom 15.4.2016)



eines Reports über die Menschenrechtslage in den USA: »Da die US-Regierung sich weigert, in den Spiegel zu blicken, müssen ihr andere dabei helfen.«

Der von US-Außenminister John Kerry in Washington vorgestellte Bericht enthält, wenig überraschend, vor allem Vorwürfe gegen Russland, China, Kuba und Venezuela... »Eine Regierung, die bei der Respektierung von Menschenrechten versagt, hat wenig, dessen sie sich rühmen und andere lehren kann«, sagte Kerry. Dieser Meinung ist auch China und kontert, dass die Zustände in den

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beträge, die bisher bei uns eingegangen sind.

Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank
und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de

DKP Gießen auch bei Facebook

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

junge Welt

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

SDAJ-Pfingstcamp im Odenwald



Unser Südcamp steht unter dem Motto "Stop Wars" und bietet spannende Themen: die Lage in der Türkei, Friedensengagement im Betrieb und in der Gewerkschaft, Bundeswehr an der Schule, Antifaschismus und vieles mehr. Außerdem ein antirassistisches Fußballturnier, Theater-, Rap und Tanzworkshops sowie Konzerte. Ist dein Interesse geweckt? Alles auf dem Jugendzeltplatz Meisengrund am Marbachstausee (Odenwald). Mehr Infos unter: info@sdaj-hessen.de

Redaktionsschluss für Juni-Echo: Mi., 25. Mai

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Demonstration in Gießen

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus am 8. Mai 1945 findet in Gießen eine Demonstration statt:

Nie wieder Faschismus! Wehret den Anfängen!

am Montag, 9. Mai, 18 Uhr, Berliner Platz, Gießen

Forderungen: Verbot aller faschistischen Organisationen und Parteien! Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Praktische Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und allen unterdrückten Völkern! Gemeinsamer Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter, Arbeitslose und Flüchtlinge! Stopp der Waffenexporte an reaktionäre Regimes!

Veranstalter: Antifa-Plenum Gießen

Stopp Ramstein - Kein Drohnenkrieg Menschenkette gegen Krieg am 11. Juni

Der US-Militärstützpunkt Ramstein ist ein zentrales Drehkreuz für völkerrechtswidrige Angriffskriege. US-Drohnenpiloten nutzen Ramstein für die Steuerung von Killerdrohnen. Mit Hilfe der Drohnen hat die US-Regierung bereits weltweit mehr als 10.000 Menschen außergerichtlich getötet - die meisten sind Zivilisten. Außergerichtlich Töten von Bürgern anderer Staaten verstößt nicht nur gegen das Menschen- und Völkerrecht, sondern auch - wenn das Verbrechen von deutschem Hoheitsgebiet ausgeht - gegen das Grundgesetz...

Nähere Informationen: www.ramstein-kampagne.eu

Kuba abseits vom Tourismus erleben

46. Europäische Brigade José Martí vom 2.- 24. Juli 2016

Intensiv - Informativ - Solidarisch

Veranstalter: Instituto de Amistad con los Pueblos (Institut für die Freundschaft zwischen den Völkern) und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Weitere Informationen: www.fgbrdkuba.de/info@fgbrdkuba.de/02212405120

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Wir gratulieren unserem Genossen Werner Deeg zum 75. Geburtstag

Lieber Werner, Du gehörst schon zu den Urgesteinen der Gießener DKP, auch wenn Du schon lange nicht mehr hier wohnst. Mit dem Namen Deeg verbinden viele Gießener Deine verstorbenen Eltern Ria und Walter. Du bist jedoch nicht nur aus Pietätsgründen bis zum Tod von Ria in der Kommunistischen Partei geblieben, sondern aus der Überzeugung heraus, für eine bessere Welt ohne Hunger und Elend einzutreten.

Gemeinsam waren wir vor mehr als 50 Jahren auf den Ostermärschen. Und so treffen wir uns jedes Jahr in Frankfurt bei der Abschlusskundgebung auf dem Römer. Möge das noch viele Jahre so bleiben.

Das bedeutet, Dir Gesundheit zu wünschen für die Arbeit in Deinem Umfeld.

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Gießen

UZ-Pressfest
Volksfest der DKP
1.-3. Juli 2016 • Dortmund
Revierpark Wischlingen

Kauft den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes
5,- / 10,- €

www.uz-pressefest.de

Diese Pressefest-Webseite wird ständig aktualisiert und gibt einen Überblick über Angebote, allgemeine Infos und Neuigkeiten, Programmübersicht, auftretende Künstler, Veranstalter u.a.m.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de